

BS-Beschluss öffentlich
B623-33/13

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 05/1050
 Erfassungsdatum: 25.04.2013

Beschlussdatum:
24.06.2013

Einbringer:
Bündnis 90 / Die Grünen

Beratungsgegenstand: Verwendung von Recyclingpapier in der Stadtverwaltung

Beratungsfolge	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Verhandelt - beschlossen						
Senat	14.05.2013	9.20				
Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschuss	03.06.2013	6.9		6	3	1
Ausschuss für Bauwesen und Umwelt	04.06.2013	6.3		7	0	5
Hauptausschuss	10.06.2013	3.21		0	0	0
Bürgerschaft	24.06.2013	5.3	mit Änderungen	24	10	0

Egbert Liskow
 Präsident

Beschlusskontrolle:	Termin:
Ausschuss für Bauwesen und Umwelt	01.01.2015

Haushaltsrechtliche Auswirkungen?	Haushalt	Haushaltsjahr
Ja		2014

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Stadt Greifswald setzt sich zum Ziel, den Prozentsatz an in der Verwaltung verwendetem Recyclingpapier (Zertifikat: Blauer Engel) bis Ende des Jahres 2014 auf mindestens 50% des Gesamtverbrauchs anzuheben.
2. Die Stadt Greifswald setzt sich zum Ziel bis 2018 vollständig auf Recyclingpapier umzusteigen.
3. Die Verwaltung informiert die Gremien der Bürgerschaft über den Stand der Umsetzung zu Jahresbeginn 2015.

Sachdarstellung/ Begründung

Auf eine Kleine Anfrage bezüglich der Verwendung von Recyclingpapier der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (30.1.2013) antwortete das Haupt- und Personalamt u.a. mit folgender Tabelle:

Jahr	Recyclingpapier (Blatt)	Normalpapier (Blatt)	Gesamtverbrauch (Blatt)	Anteil Recyclingpapier am Gesamtverbrauch in %
2007	114.000	2.723.500	2.837.500	4,02
2008	141.000	2.484.000	2.625.000	5,37
2009	26.500	2.994.500	3.021.000	0,88
2010	45.000	2.637.500	2.682.500	1,68
2011	31.500	2.630.000	2.662.000	1,18
2012	2.500	1.725.500	1.728.000	0,14

Wie dargestellt ist der Anteil an verwendetem Recyclingpapier von einem ohnehin niedrigen Stand stetig gesunken, was dem bundesweiten Trend entgegenläuft (siehe hierzu: papieratlas.de/index.php?article_id=61).

Nach der Antwort des Haupt- und Personalamtes auf die Kleine Anfrage ist es auch im Interesse der Verwaltung, „eine stadtverwaltungsweite Einführung von Recyclingpapier zu erzielen“. Dieses Ziel unterstützt die Bürgerschaft mit diesem Beschluss ausdrücklich.

Die Qualität und Archivierbarkeit von Recyclingpapier ist in den letzten Jahren kontinuierlich besser geworden. In mehreren wissenschaftlichen Studien wurde bewiesen, dass Recyclingpapier mindestens gleichwertig mit konventionellem Papier ist.

Im Haupt- und Personalamt wird ebenfalls „der Standpunkt vertreten, dass aktuelle Drucktechnik immer für den Einsatz von Recyclingpapier geeignet ist.“ Daher werden

aus technischer Sicht keine Probleme bei der Verwendung von Recyclingpapier in der Verwaltung gesehen.

Das ausgewählte Papier soll nach Ansicht des Haupt- und Personalamtes sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Zertifikat „Blauer Engel“ besitzen, da dieses Zertifikat nicht nur garantiert, dass bei der Herstellung keine giftigen Chemikalien verwendet wurden, sondern auch in Bezug zum Recyclingpapier die technischen Normen erfüllt sind und so das Recyclingpapier für den Einsatz in allen neueren Bürogeräten und zur Archivierung geeignet ist.

Dass eine umfassende Verwendung von Recyclingpapier auch in unserer Stadt möglich ist, zeigen die Antworten der stadteigenen Betriebe auf die Kleine Anfrage. Die Stadtwerke Greifswald geben an, dass in ihrem Unternehmen „mind. 75% des gesamten Papierverbrauchs mit Recyclingpapier“ abgedeckt wird. Auch die WVG hat nach eigenen Angaben „die Kleine Anfrage zum Anlass genommen, die Möglichkeiten für den Einsatz von Recyclingpapier zu erweitern.“

Aufgrund der sich gestellten Klimaschutzziele sollte die Hansestadt Greifswald den Anteil des verwendeten Recyclingpapiers auf mindestens 50% bis Ende 2014 steigern.

Das Haupt- und Personalamt hat für eine 100%ige Umstellung auf Recyclingpapier einen maximalen Anstieg der Kosten für das verwendete Papier pro Jahr um 5754,24 Euro zzgl. MwSt. (bezogen auf die Daten 2012 und ohne mögliche Mengenrabatte) errechnet.

Wenn die Erhöhung des Recyclingpapieranteils, wie hier vorgeschlagen, bis Ende 2014 auf mind. 50% gelänge, kämen damit pro Jahr Mehrkosten von ca. 3500 Euro inkl. MwSt. auf den städtischen Haushalt ab 2014 zu.